



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Kerstin Celina, Eva Lettenbauer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Tessa Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Stephanie Schuhknecht, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### **Offensive für den Kinderschutz: Kampagne starten!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Kampagnenoffensive für den Kinderschutz ins Leben zu rufen, die den Stellenwert unserer Kinder in Bayern stärkt und ihren Schutz als Aufgabe und Pflicht aller verdeutlicht:

- Eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zur Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit ist aufzusetzen. Ziel der Kampagne ist es, eine Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit für das Thema zu erreichen, eine gesellschaftliche Kultur des Hinsehens zu fördern und über konkrete Anlaufstellen für Hinweisgeber und Betroffene in Bayern zu informieren.
- Anlässlich des jährlichen Weltkindertags ist ab dem Jahr 2021 eine „Themenwoche des Kinderschutzes“ ins Leben zu rufen und durch öffentliche Fördermittel des Freistaates landesweite Veranstaltungen rund um das Thema Kinderschutz zu finanzieren. Ziel ist es, Kinderschutz immer wieder in der Gesellschaft präsent und durch niedrigschwellige Veranstaltungen vor Ort auf das Thema aufmerksam zu machen.

### **Begründung:**

Eine Vielzahl an wissenschaftlichen Studien belegen, wie groß die Bedeutung einer gelingenden Kindheit für ein gutes Leben als Ganzes ist. Die frühe Phase kindlicher Entwicklung und kindlichen Lernens ist entscheidend, damit Kinder ihre Potenziale und Talente entfalten können – sie ist damit ein Schlüssel zu Chancengerechtigkeit in unserem Land. Grundvoraussetzung ist dabei immer ein Aufwachsen in Sicherheit. Nur wer frei von Angst, frei von Vernachlässigung, Missbrauch oder Gewalt aufwächst, kann wirklich Kind sein. Jedes Kind hat ein Recht auf Schutz vor physischer, seelischer und sexueller Gewalt.

Auch in Bayern wird dieses Recht nicht allen Kindern zuteil. Das rufen schwere Fälle von Kindeswohlgefährdung mit hoher medialer Aufmerksamkeit immer wieder in Erinnerung – z. B. in Dillingen oder zuletzt in Tutzing. Der Großteil der Kindeswohlgefährdungen passiert im Verborgenen und viele kommen jahrelang nicht ans Licht. Die Frage, wo aufmerksame Freunde, Nachbarn, Vertrauenspersonen für Kinder waren und weshalb über lange Zeit nicht gehandelt wurde, stellt sich immer wieder. 2019 wurden 19 522 Fälle von Kindeswohlgefährdung gemeldet, ein Anstieg von 4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. In 67 Prozent dieser Fälle wurden weitere Maßnahmen eingeleitet: bei 29 Prozent lag eine Kindeswohlgefährdung vor, in 38 Prozent wurden Hilfen zur

Erziehung angeordnet, die eine weitere Eskalation vorbeugen und verhindern können. Die Meldungen gehen größtenteils von Seiten der Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaft beim Jugendamt ein (24 Prozent). Am häufigsten sind Kinder laut Deutscher Kinderhilfe im sozialen Nahbereich der Gewalt ausgesetzt – frühes Handeln zu fördern heißt demnach auch, das häusliche Umfeld – sei es Familie, Bekannte oder Nachbarn – stärker zu sensibilisieren. Gerade im Nachgang zum bayernweiten Lockdown in der Corona-Pandemie ist dies wichtiger denn je.

Eine Kampagnenoffensive der Staatsregierung kann hier ansetzen und den Stellenwert unserer Kinder in Bayern im Allgemeinen verdeutlichen und ihren Schutz als Aufgabe und Pflicht aller stärken. Hierzu ist zum einen eine öffentlichkeitswirksame Kampagne aufzusetzen. Mit der Kampagne soll eine Sensibilisierung der allgemeinen Öffentlichkeit für das Thema erreicht, eine gesellschaftliche Kultur des Hinsehens gefördert und über konkrete Anlaufstellen für Hinweisgeber und Betroffene in Bayern informiert werden. Zum anderen ist anlässlich des jährlichen Weltkindertages am 20. September eine bayernweite Themenwoche für den Kinderschutz auszurufen und öffentliche Fördermittel für Veranstaltungen und Aktionen bereitzustellen. So kann vor Ort in den Kommunen – beispielsweise in Zusammenarbeit mit den 96 Jugendämtern in Bayern – auf das Thema Kinderschutz aufmerksam gemacht und seine Bedeutung gestärkt werden.